

Eins, zwei, drei, VOLKSZÄHLUNG



TEXT UND LAYOUT: PETER LEUTEN

Ein Jahr nach 1986, dem Orwell-Jahr, glaubten viele den Zeitpunkt gekommen, an dem Orwells düstere Vision des totalen Überwachungsstaates Realität würde

Ordnung muß sein: Das lernt jedes Kind – besonders zu Weihnachten. Nicht nur, weil das Kinderzimmer aufgeräumt werden muß. Nein, noch kurz vor der Bescherung, wenn alles darauf brennt, die Geschenke auszupacken, beim Gottesdienst in der an diesem Abend überfüllten Kirche kommt sie wieder, diese Geschichte:

Und so „geschah es in jenen Tagen, dass eine Verordnung vom Kaiser Augustus ausging, den ganzen Erdkreis einzuschreiben. Und alle gingen hin, um sich einschreiben zu lassen, ein jeder in seine Stadt...“

– VOLKSZÄHLUNG –

Erfasst wurden säuberlich getrennt römische Bürger und solche Bewohner der Provinzen Judäa, die das römische Bürgerrecht (Civitas Romana) nicht besaßen. Doch bereits damals ging es nicht allein um nackte Zahlen. Denn hatte man schon all die vielen Leute zusammengetrommelt, konnte man sie auch gleich schätzen. Heute nennt sich das Steuererklärung.

Es ging also ums Geld, um viel Geld, dass sich das römische Imperium nicht entgehen lassen wollte. Verglichen mit heutigen Zählungen liegt darin sicher der geringste Unterschied.

Das war auch 1987 nicht anders, bei der letzten großen Volkszählung in der alten

BRD. Zu den bedeutendsten Konsequenzen, die aus dieser Totalerhebung resultierten, gehörten immerhin erhebliche Verschiebungen bei den finanziellen Zuteilungsmechanismen, etwa beim Länderfinanzausgleich. Zudem ergab sich eine neue Gewichtung der Stimmenverteilung der Länder im Bundesrat. Denn bei dieser Zählung stellte sich heraus, dass in manchen Städten und Regionen Menschen fehlten; anderswo gab es zu viel.

Wie das?

Behörden, Städte und Länder hatten die Zahlen, die ihnen aus der Erhebung im Jahre 1950 zur Verfügung standen, fortgeschrieben bzw. hochgerechnet. So, wie es auch bei Wahlen üblich ist, bis alle Stimmen ausgezählt sind. Diese Schätzungen wurden anhand von Stichproben auf ihre Zuverlässigkeit geprüft.

1987 stellte man aber fest, dass dieses Verfahren zum Teil ganz erheblich an der Realität vorbei geschossen war: Für West-Berlin ergab sich beispielsweise eine Einwohnerzahl von 2.014.121. Das Ergebnis der Fortschreibung des Statistischen Landesamts für den Stichtag 1987 lag damit um 133.062 Personen (7,1 Prozent) zu niedrig. Für München dagegen wurden 89.647 Personen (7,0 Prozent) zu viel fortgeschrieben. In Roth (bei Nürnberg) lag die Abweichung des Fortschreibungsergeb-

nisses bei 18 Prozent, in Göttingen bei 14,5 Prozent. Auch die fortgeschriebene Zahl der Erwerbstätigen lag im Vergleich zu den Ergebnissen der Volkszählung von 1950 um eine Million zu niedrig, die angenommene Zahl der Ausländer um zwölf Prozent zu hoch.

Damit zeigte sich am Ende, wie nötig diese Zählung war. Schon die Brand/Schmidt-Regierung hatte in den späten Siebzigern eine neue Zählung angesetzt - für 1983.

Der Rechtsruck in der BRD Anfang der achtziger Jahre, der sich zunächst in der Stationierung von Pershing Atomraketen und dann im Wechsel zur Kohl-Regierung manifestierte, rief aber scharenweise Zählungsgegner auf den Plan. Auch Die Grünen, zu der Zeit gerade mal vier Jahre im Bundestag, gehörten zu den Kritikern der Volkszählung. Zielscheibe der Zählungsgegner war insbesondere die Ausführlichkeit der Fragen in den Volkszählungsbögen, die bei ihrer Beantwortung Rückschlüsse auf die Identität der Befragten zuließen und somit den Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung unterliefen.

Gerichtliche Klagen gegen die Zählung verzögerten den angesetzten Termin immer weiter und gipfelten schließlich in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1983 zur Rechtmäßig-

keit der Volkszählung. Es dauerte dann nochmals drei Jahre, bis das Verfahren seinen Lauf nehmen konnte.

Aufrufe zum Boykott der Erhebung verstummten angesichts drohender Bußgeldverfahren, die Zählungsgegner flüchteten sich in den zivilen Ungehorsam und füllten die Bögen bewusst falsch aus. Doch der Rücklauf der im Ankreuz-Verfahren ausgefüllten Bögen war angeblich groß genug, um die erhobenen Daten auszuwerten.

Bereits drei Jahre später waren diese Zahlen wieder Makulatur: Die DDR hatte aufgehört zu existieren, es gab plötzlich wieder ein Deutschland mit etwa 16 Millionen weiteren Bürgern und in diesem Deutschland konnte jeder gehen, wohin er wollte. Überdies kamen in den Folgejahren unzählige Russland-Deutsche zu uns.

Das statistische Bundesamt geht davon aus, dass bis heute beispielsweise 1,6 Millionen Auswanderer bei der Ausreise aus Deutschland ihren Wohnort nicht abgemeldet haben. Und die Zahl der hier nicht registriert lebenden Menschen sehen die Statistiker zwischen einer halben und einer Million.

Wenn auch angesichts dieser Mutmaßungen eine neue Erhebung längst fällig wäre, so haben die zu erwartenden Kosten die Zahlen-Euphorie der Politik stark gedämpft. Schlug die Zählung von 1987

bereits mit rund 500 Mill. Euro zu Buche, schätzt das Statistische Bundesamt den finanziellen Aufwand für eine erneute Vollerhebung nach altem Muster auf ca. 1 Mrd. Euro.

Um die Belastung für die Bürger und vor allem das Staatssäckel zu reduzieren, favorisiert die Politik eine neue Methode, bei der keine Zähler von Haus zu Haus laufen und Fragebögen verteilen müssen: die „registergestützte“ Zählung. Sie soll die vorhandenen Daten aus den Melderegistern und der Bundesagentur für Arbeit nutzen. Lediglich Angaben zu Wohnungen und Gebäuden will man von den Hauseigentümern schriftlich einholen. Ein neuer Zensus nach dem „registergestützten“ Modell soll rund 300 Millionen Euro kosten.

1987, die DAZ wird 25 Jahre Fünf. In diesem Jahr beherrscht ein Thema das Land: Die Volkszählung. Scharen von Helfern laufen von Haus zu Haus, die Fragebögen im Gepäck. Gut und gerne 1 Mrd. D-Mark kostet der Spuk.